

Humboldt-Universität zu Berlin
Kommission für Lehre und Studium
des Akademischen Senats

25.10.06
VI B/prot231006.doc

Protokoll Nr. 14/ 06

der Beratung der Kommission für Lehre und Studium (LSK) des Akademischen Senats (AS)
am 23. Oktober 2006 von 14.15 Uhr bis 16.20 Uhr

Leitung:

Frau Dr. Huberty

Geschäftsstelle:

Frau Heyer

Mitglieder:

Herr PD Dr. Dahme, Frau Frost (entschuldigt),
Herr Held, Frau Krapp (entschuldigt), Herr
Lippa, Herr Prof. Müller-Preußker, Herr Prof.
Presber, Herr Roßmann, Herr Schallnus (ent-
schuldigt), Herr Prof. Schlaeger, Herr Schnei-
der, Herr Dr. Strutzberg (entschuldigt), Herr
Winkler (entschuldigt)

Ständig beratende Gäste:

Herr Baeckmann (ZUV, Abt. I)
Frau Blankenhorn (VPSIRef)
Frau Dr. Hans (ZUV, Abt. VII)
Herr Prof. Nagel (VPSI)
Frau Pelz (stellv. Frauenbeauftragte)
Frau Dr. Walter (ZUV, Abt. VI)

Gäste

Zu TOP 3: Herr Dr. Kohring (GK Lehrerbildung)
Zu TOP 4: Herr Prof. Schmidt (Studiendekan
der LGF)

Frau Dr. Huberty begrüßt die Mitglieder der LSK zur ersten Sitzung im Wintersemester 06/07. Sie bringt ihr Bedauern zum Rücktritt von Frau Prof. Baer zum Ausdruck und begrüßt den amtierenden Vizepräsidenten für Studium und Internationales, Herrn Prof. Nagel.

1. Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

2. Bestätigung des Protokolls

Das Protokoll der Beratung vom 14. August 2006 wird bestätigt.

3. Information

- Frau Dr. Huberty stellt die neue Leiterin der Abteilung Internationales, Frau Dr. Hans, vor.
- Prof. Nagel informiert über den Eilentscheid des Präsidenten im Hinblick auf die Zugangs- und Zulassungssatzung der HU. Aufgrund einer erneuten Änderung des Berliner Hochschulzulassungsgesetzes musste die Satzung dem aktuellen Gesetzestext angepasst werden, um Rechtssicherheit für das laufende Semester zu haben. Die Gesetzesänderung betrifft das Verbot, für nicht-konsequente Masterstudiengänge Zugangsbedingungen festzulegen, die über einen ersten universitären Abschluss hinausgehen. Gegen diese Gesetzesänderung bestehen bei allen Berliner Universitäten Bedenken. Daher wird eine gemeinsame Verfassungsklage vorbereitet.
- Frau Dr. Walter erläutert die Terminplanung zur Beschlussfassung der Zulassungszahlen für das Sommersemester 2007. Als Tischvorlage wird der noch nicht mit den Fakultäten abgestimmte Entwurf der Zulassungszahlen verteilt. Frau Dr. Walter informiert darüber, dass es insbesondere um Masterstudiengänge geht, die auch im Sommersemester eine Immatrikulation vorsehen. Neu sei auch, dass für die Masterstudiengänge der LGF der NC eingeführt wird. Sie schlägt vor, die Beratung und Beschlussfassung der Zulassungszahlen für den 13.11.06 auf die Tagesordnung der LSK zu setzen. Frau Dr. Huberty schlägt vor, vorab eventuelle Nachfragen zur Vorlage an Frau Dr. Walter oder Frau Heyer zu schicken.
Prof. Schlaeger erklärt, dass die Fächer, die Studienplätze nicht vollständig besetzt haben, auch im Sommersemester immatrikulieren sollten. Es wäre sinnvoll, wenn die LSK dies den betreffenden Fächern signalisieren würde. Prof. Müller-Preußker erläutert seine Auffassung, dass für Masterstudiengänge grundsätzlich eine Öffnung im Sommersemester erlaubt werden sollte, da die Abfolge der Module flexibler sei als im Bachelorstudium.

Frau Dr. Hans betont, dass nicht besetzte Studienplätze im Masterstudium auch ein Hinweis darauf sind, dass zukünftig mehr um internationale Studierende geworben muss. Prof. Müller-Preußker stimmt dem zu und merkt an, dass ein gutes Marketing für Masterstudiengänge dringend geboten sei.

Herr Held bittet Frau Dr. Walter um eine Aufstellung, welche freien Kapazitäten in den einzelnen Fächern vorhanden sind.

- **Stand der Einführung der Lehramts-Masterstudiengänge:**

Dr. Kohring informiert über die Einrichtung und Zusammensetzung der Gemeinsamen Kommission Lehrerbildung. Herr Baeckmann erläutert die für die Lehrerbildung maßgeblichen Gesetze und Verordnungen der letzten Jahre. So wurde mit der Lehramts-Erprobungsverordnung von 2005/06 u. a. festgelegt, dass Lehramts-Masterstudiengänge eine Dauer von zwei oder vier Semestern haben können. Gleichzeitig wurde eine Zuordnung zu den einzelnen Laufbahnen des Lehramts vorgenommen. Herr Baeckmann führt aus, dass es insbesondere in der Sonderpädagogik lange Kämpfe um den „großen“ Master gegeben habe, da das Fach die Auffassung vertritt, dass mit dem „kleinen Master“ die Qualifikationsziele nicht erreicht werden können. Auch in den Fächern Mathematik und Informatik gebe es große Bedenken, ob für den L2 der „kleine Master“ ausreichend und sinnvoll ist. Herr Baeckmann weist darauf hin, dass die Studien- und Prüfungsordnungen der Zustimmung der Wissenschafts- und Bildungsverwaltung bedürfen. Die Ausarbeitung der Module erfolgte unter Beteiligung der Bildungsverwaltung. An der Vorbereitung der LA-Master waren die Steuerungsgruppe Lehramt der für Lehre zuständigen Vizepräsidenten der Berliner Universitäten, die AG Struktur und Schulpraktische Studien sowie die Fach-AGs für die jeweiligen Unterrichtsfächer beteiligt. Als Arbeitsgrundlage diente insbesondere das Berliner Strukturmodell. Von den Fächern wurden Bedenken geäußert, dass im „kleinen“ Master kein Fachwissen mehr angeboten werden soll. Auch der Zeitpunkt der Unterrichtspraktika im „großen“ und im „kleinen Master“ werde noch kontrovers diskutiert und sei nicht abschließend geklärt.

Bis auf die Fächer Ethik und Rehabilitationswissenschaften haben die Fach-AGs die Module formuliert. Die Entwürfe der fachübergreifenden Rahmenstudienordnung und Rahmenprüfungsordnung jeweils für den „kleinen“ und den „großen“ Master liegen vor. Sie wurden auf der Grundlage der Musterordnungen der HU ausgearbeitet. Die Rahmenordnungen werden durch die fachspezifischen Anlagen (insbesondere die Modulbeschreibungen) ergänzt.

Herr Baeckmann betont, dass Fragen der Zugangs- und Zulassungskriterien sowie besondere Übergangsregelungen noch zu diskutieren sind.

Die GK Lehrerbildung schlägt vor, am 11.12.06 eine gemeinsame Sitzung der LSK und der GK Lehrerbildung durchzuführen, auf der die Modulbeschreibungen der Fächer beschlossen werden. Es wird weiter vorgeschlagen, die Beratung und Beschlussfassung der Rahmenordnungen für die LSK-Sitzung am 13.11.06 vorzusehen.

Prof. Müller-Preußker macht darauf aufmerksam, dass der „kleine Master“ für das Fach Physik keinen Sinn macht und dass das Fach die Verantwortung für diesen Studiengang ablehnt.

Prof. Nagel kündigt an, mit den Fächern Informatik, Mathematik und Physik Gespräche zu dieser Problematik zu führen.

Dem Vorschlag von Frau Dr. Huberty, in der LSK Arbeitsgruppen zu bilden, die sich im Vorfeld der beschlussfassenden Sitzung am 11.12.06 mit den Modulen beschäftigen, wird zugestimmt. Die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen wird auf der nächsten Sitzung festgelegt.

- Unter der Voraussetzung, dass die neuen Mitglieder der LSK für alle Gruppen benannt werden, findet die konstituierende Sitzung am 13.11.06 statt.
- Frau Dr. Walter informiert über die Neugestaltung des Internet-Auftritts der Abteilung Lehre unter der Adresse: <http://lehre.hu-berlin.de>. U. a. sind alle Musterordnungen, Handreichungen zur Vorbereitung von Bachelor- und Masterstudiengängen und Studierendenzahlen je Studiengang abrufbar. Es ist möglich, das Informationsangebot zu erweitern, daher können Wünsche gern geäußert werden.
- Herr Held informiert über die Aktion „Für Solidarität und gegen Seminarrauswürfe!“ und appelliert an das Präsidium, die Aktion zu unterstützen.
- Frau Pelz erinnert an das im vergangenen Semester stattgefundene Gespräch der LSK-Arbeitsgruppe zur Problematik der Studierbarkeit und bittet Herrn Baeckmann, den Briefentwurf zu verschicken.

4. Vorberatung zum Antrag auf Beteiligung der HU am internationalen Masterstudiengang Horticultural Science und zur Studien- und Prüfungsordnung

Prof. Schmidt erläutert den geplanten internationalen Masterstudiengang und beantwortet die Nachfragen der LSK-Mitglieder zu den vorliegenden Kooperationsvereinbarungen.

Prof. Schlaeger empfiehlt, den Vertragsentwurf im Hinblick auf ein korrekteres Englisch zu überarbeiten und bietet entsprechende Hilfe an.

Prof. Müller-Preußker fragt nach, welche Auswirkungen die Einsparungen ab dem Jahr 2009 auf das vorliegende Modulangebot haben. Prof. Schmidt erläutert, dass 2 bis 3 der insgesamt 23 Module dann nicht mehr angeboten werden können. Es wurde jedoch darauf geachtet, dass alle Pflichtmodule, von den auf Sollstellen tätigen Kollegen angeboten werden.

Prof. Presber wirft die Frage der Studiengebühren auf. Prof. Schmidt erklärt, dass an den Partneruniversitäten Studiengebühren erhoben werden. An der HU wird es für diesen Studiengang keine Studiengebühren geben. Das Vertragswerk lässt zu, dass an jedem Standort eigene Regularien ermöglicht werden. Finanzielle Transferleistungen sind nicht vorgesehen.

Auf Nachfrage von Herrn Baeckmann führt Prof. Schmidt aus, dass die Studierenden das Zeugnis der Heimatuniversität und ein zusätzliches Zertifikat der Partneruniversitäten bei Abschluss des Studiums erhalten.

Zur Prüfungsordnung:

- Frau Dr. Huberty erläutert anhand einer Tischvorlage Korrekturbedarf zur Länge der Klausuren in § 5 Abs. 3 und der Anlage der Prüfungsordnung. Die in den Modulbeschreibungen erwähnten Prüfungsformen sollten auch in die Prüfungsordnung aufgenommen werden. Der Umfang des Kolloquiums ist in der Prüfungs- und Studienordnung anzugleichen.

- § 5 Abs. 2: Herr Rossmann erläutert seine Auffassung, dass Gruppenprüfungen nicht als Prüfungsform vorgesehen werden sollten. Frau Dr. Huberty macht darauf aufmerksam, dass diese Regelung auch in der Musterprüfungsordnung enthalten ist. Prof. Schmidt erklärt, dass er eine Option für Gruppenprüfungen für sinnvoll hält.

- § 6 Abs. 6 und 7: Herr Rossmann vertritt die Auffassung, dass ein Kolloquium zur Masterarbeit nicht als Prüfungsleistung gewertet werden sollte. Prof. Schmidt erläutert, dass es sich hierbei um eine Besonderheit der Absprachen im Konsortium der Partneruniversitäten handelt und es keine unterschiedlichen Regelungen an den Universitäten geben sollte.

Zur Studienordnung:

- § 2 Abs. 2: Auf Nachfrage von Herrn Held erläutert Herr Baeckmann den Verweis auf die Zugangs- und Zulassungssatzung der HU. Im Zusammenhang mit der Diskussion zur ZZS bestand Einvernehmen, fachspezifische Zugangsvoraussetzungen und Auswahlkriterien nicht mehr in den Studien- und Prüfungsordnungen zu regeln.

- § 3: Herr Held schlägt vor, den Begriff „Regelstudienzeit“ durch „Studienzeit von in der Regel“ zu ersetzen. Herr Baeckmann verweist darauf, dass gemäß BerLHG in den Ordnungen die „Regelstudienzeit“ festgelegt werden muss.

- § 5: Herr Held fragt nach, ob ein an einer Universität begonnenes Modul auch an einer Partneruniversität weiter studiert werden könnte. Prof. Schmidt betont, dass es eine Grundlage für das Funktionieren des Netzwerkes ist, dass jedes Modul an der jeweiligen Universität mit einer Prüfung abgeschlossen wird.

- § 7: Frau Dr. Huberty merkt an, dass die Angaben in SWS gestrichen werden sollten, da sie nicht mit den Studienpunkten übereinstimmen.

Frau Dr. Huberty empfiehlt eine Prüfung der vorgeschlagenen Korrekturen in den Studien- und Prüfungsordnungen. Die Beschlussfassung des Antrags wird für die LSK-Sitzung am 13.11.06 vorgesehen.

5. Verschiedenes

Herr Lippa weist darauf hin, dass im Hinblick auf die Auswahlgespräche für das Fach Chemie eine Auswertung durch das Präsidium angekündigt wurde und fragt nach, welche Ergebnisse vorliegen.

Prof. Nagel erläutert seine Auffassung, dass man nach einem Durchlauf noch nicht entscheiden könne, ob Auswahlgespräche sinnvoll seien oder nicht. Das Fach Chemie sehe in den Auswahlgesprächen eine Möglichkeit, sich intensiver um Studierende zu kümmern und sie stärker an das Fach zu binden. Nach einer Erprobungszeit von 2 bis 3 Jahren sollten die Ergebnisse analysiert werden.

Herr Held begründet das Interesse der Studierenden, über die Inhalte der Auswahlgespräche informiert zu werden. Prof. Nagel und Herr Backmann schlagen vor, Informationen zu den Auswahlgesprächen anhand einer Graphik in der LSK zu präsentieren.

Im Auftrag
gez. Heyer